

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 2. Sitzung des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung (P/002/2019)

am Mittwoch, 6. November 2019,

16:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 2, 2. Etage, Raum 13,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:25 Uhr

Anwesend:

Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r
 Annetrin Klepsch

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kati Bischoffberger
 Anja Osiander
 Robert Schlick

CDU-Fraktion

Ingo Flemming (bis 17:13 Uhr)
 Steffen Kaden
 Anke Wagner (bis 18:08 Uhr)

Fraktion DIE LINKE.

Anja Apel
 Christopher Colditz

Fraktion Alternative für Deutschland

Christian Pinkert

SPD-Fraktion

Vincent Drews (bis 18:00 Uhr)

Fraktion Freie Wähler Dresden

Susanne Dagen (bis 17:25 Uhr)

Stellvertretende Mitglieder

Franz-Josef Fischer	Vertreter für Herrn Robert Malorny (bis 18:08 Uhr)
Caroline Lentz	Vertretung für Frau Katharina Hanser
Monika Marschner	Vertretung für Herrn Harald Gilke
Tanja Schewe	Vertretung für Frau Andrea Mühle
Alexander Wiedemann	Vertretung für Herrn Heiko Müller

Abwesend:**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Andrea Mühle

Fraktion DIE LINKE.

Katharina Hanser

Fraktion Alternative für Deutschland

Harald Gilke

Heiko Müller

FDP-Fraktion

Robert Malorny

Verwaltung:

Herr Tostmann

Frau Alisch

Bürgermeisteramt, Abteilung Politische Steuerung/Strategie

Straßen- und Tiefbauamt, Straßenverkehrsbehörde

Gäste:

Herr Gildemeister

Frau Michalski

Frau Asser

Anwohner Grundstraße 6

Kleingärtnerverein „Eintracht Dobritz“ e. V.

Stadtverband „Dresdner Gartenfreunde“ e. V./ Kleingärtnerverein „Altdobritz“ e. V.

Schriftführer/-in:

Frau Richter

Bürgermeisteramt, SG Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

nicht öffentlich

- 1 Geschäftsgang von Petitionen
- 2 Anhörung zur Petition P0128/19, PKW- und Bus-Verkehr Dobritzer Straße

öffentlich

- | | | |
|-----|---|----------------------------------|
| 2.1 | PKW und Bus Verkehr Dobritzer Straße | P0128/19
beschließend |
| 3 | Sichere Fahrradwege in Dresden durch Beschlüsse zum Radwegkonzept | P0136/19
beschließend |
| 4 | Überholter Stadtratsbeschluss: Straßenreinigung Grundstraße 4 bis 18 | P0140/19
beschließend |
| 5 | Initiative "Spezialhalle erhalten in Klotzsche" | P0142/19
beschließend |
| 6 | Verkehrssituation Nöthnitzer Straße verbessern - Radweg statt Parken | P0143/19
beschließend |
| 7 | Studententarif in den Dresdner Bädern | P0144/19
beschließend |
| 8 | Erhalt der Kleingärten in Dresden Dobritz | P0145/19
beschließend |
| 9 | Klimanotstand in Dresden ausrufen | P0146/19
beschließend |
| 10 | Zweizügigkeit für die 74. Grundschule Dresden-Gompitz | P0147/19
beschließend |
| 11 | Petition für eine grüne Innenstadt - Umsetzung des Promenadenringes Süd und Ost ohne Abstriche | P0148/19
beschließend |
| 12 | Straßenmusik auf der Prager Straße | P0149/19
beschließend |
| 13 | Anregungen zum Bäderkonzept - Unterversorgung der Stadtteile Blasewitz, Striesen, Gruna, Tolkewitz und Seidnitz | P0150/19
beschließend |

- | | | |
|-----------|---|----------------------------------|
| 14 | Kostenfreier ÖPNV für alle Kinder und Jugendliche in Ausbildung | P0151/19
beschließend |
| 15 | Erhalt der Kiesgruben in Zschieren | P0152/19
beschließend |
| 16 | Regeln für Verstärkernutzung - bei Straßenmusik - überarbeiten im Sinne der Anwohner in der Innenstadt! | P0153/19
beschließend |
| 17 | Stadttauben - Aufhebung des Fütterungsverbot | P0154/19
beschließend |
| 18 | Gegen Sportveranstaltungen in der City | P0155/19
beschließend |
| 19 | Aufhebung des Beschlusses zum "Verzicht auf Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung in Dresden" | P0156/19
beschließend |

nicht öffentlich

- | | | |
|-------------|--|--|
| 20 | Erhaltung des „Heidetunnels Klotzsche“ für Rad- und Fußverkehr in Höhe Gleisdreieck Dresden-Klotzsche (Eisenbahnüberführung km 94,331 G-D Dresden-Klotzsche) | A0585/19
beratend |
| 21 | Posteingang | |
| 21.1 | Petition Königsufer und Neustädter Markt | P0157/19
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |
| 21.2 | Petition Neustädter Markt | P0158/19
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |
| 21.3 | Petition für eine sichere Überquerung der Strehleener Straße im Bereich Semperstraße/Strehleener Platz | P0159/19
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |
| 21.4 | Petition "Unterschriftensammlung Brief zum Radverkehr entlang der Königsbrücker Straße" | P0001/19
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |
| 21.5 | Petition "Noch eine bessere Sicherheit Standblitzer" (stationäre | P0002/19 |

Geschwindigkeitsmessanlage Schule Naußlitz, Saalhausener Straße)

**1. Lesung
(beschließendes
Gremium)**

22 Sonstiges

öffentlich

Die Vorsitzende des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung, **Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch**, eröffnet und leitet die Sitzung. Sie stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgemäße Ladung fest.

Zunächst spricht sie eine eventuelle Verschiebung des Sitzungsbeginns der nächsten Ausschusssitzung am 27. November 2019 an, der sich mit der Eröffnung des Striezelmarktes überschneide. Seitens der Ausschussmitglieder besteht Einvernehmen, den Sitzungsbeginn bei 16 Uhr zu belassen.

Zur Tagesordnung:

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch gibt Folgendes bekannt:

1. Tagesordnungspunkt 3 (P0136/19, Sichere Fahrradwege in Dresden durch Beschlüsse zum Radwegekonzept) müsse vertagt werden, da die Zuarbeit des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften noch nicht vorliege.
2. Tagesordnungspunkt 20 (A0585/19, Erhaltung des „Heidetunnels Klotzsche“...) sei zwischenzeitlich von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen worden. Damit erübrige sich eine Behandlung.
3. Tagesordnungspunkt 21.5 (P0002/19, Petition "Noch eine bessere Sicherheit Standblitzer") werde ebenfalls von der Tagesordnung abgesetzt. Die nochmalige Prüfung habe ergeben, dass das Anliegen nicht in die Zuständigkeit dieses Ausschusses falle, sondern ein Geschäft der laufenden Verwaltung sei.

Herr Stadtrat Flemming bittet im Einvernehmen mit Frau Stadträtin Bischoffberger um Vertagung des Tagesordnungspunktes 19 (P0156/19, Aufhebung des Beschlusses zum "Verzicht auf Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung in Dresden"), da noch Klärungsbedarf bestehe.

Herr Stadtrat Kaden weist auf den inhaltlichen Zusammenhang der Tagesordnungspunkte 12 und 16 (beide zur Straßenmusik) hin, weshalb er vorschlägt, diese zusammen zu behandeln.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung, die der Ausschuss einstimmig mit 16 Ja-Stimmen bestätigt.

2.1 PKW und Bus Verkehr Dobritzer Straße**P0128/19
beschließend**

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt die Öffentlichkeit her.

Frau Stadträtin Bischoffberger formuliert im Ergebnis der vorher durchgeführten Anhörung folgenden Beschlussvorschlag:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Vorschlag zu unterbreiten, wie eine sichere Querung für Fußgänger auf der Dobritzer Straße eingerichtet werden kann. Unter anderem waren die Vorschläge eine Lichtsignalanlage, eine Verkehrsinsel, eine „Gehweg-nase“, eine Tempo 30-Zone oder eine „Zebrastreifen“.
2. In dem Zusammenhang soll geprüft werden, was in der Marienallee und auf der Moritzburger Straße/Grüne Delle dazu geführt habe, dass dort eine Tempo 30-Zone eingerichtet werden konnte.
3. Bei Bedarf soll auf der Dobritzer Straße eine Verkehrszählung in den Hauptverkehrszeiten zwischen 7:00 Uhr und 8:00 Uhr sowie 16:00 und 19:00 Uhr durchzuführen.

Herr Stadtrat Pinkert hält das für sehr aufwendig. Er schlägt vor, dass das Straßen- und Tiefbauamt eine temporäre „Nasen“-Lösung baue. Über deren Auslastung solle eruiert werden, ob diese von den Fußgängern angenommen werde.

Frau Stadträtin Osiander empfiehlt, für die Umsetzung eine Frist zu setzen.

Frau Stadträtin Bischoffberger macht darauf aufmerksam, dass ihr Antrag zur Art der Umsetzung bewusst offengehalten sei, um der Verwaltung eine Bandbreite an Möglichkeiten zu überlassen. Als Frist für die Prüfung schlägt sie den bis 31. Januar 2020 vor.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch bemerkt, da die Straßenverkehrsbehörde mitgeteilt habe, dass es Lösungen gebe, sei der Petition abgeholfen, wenn eine der in Frage kommenden Maßnahmen umgesetzt werde.

Sie bringt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss:

1. Der Petition ist abgeholfen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum 31. Januar 2020 einen Vorschlag zu unterbreiten, wie eine sichere Querung für Fußgänger auf der Dobritzer Straße eingerichtet werden kann. Vorschläge waren eine Lichtsignalanlage, eine Verkehrsinsel, eine „Gehweg-nase“, eine Tempo 30-Zone oder ein „Zebrastreifen“.
3. In dem Zusammenhang soll geprüft werden, was in der Marienallee und auf der Moritzburger Straße/Grüne Telle dazu geführt hat, dass dort eine Tempo 30-Zone eingerichtet werden konnte.

4. Bei Bedarf soll auf der Dobritzer Straße eine Verkehrszählung in den Hauptverkehrszeiten zwischen 7:00 Uhr und 8:00 Uhr sowie 16:00 und 19:00 Uhr durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

Auf die Nachfrage von **Frau Stadträtin Osiander** stellt **Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch** klar, dass der Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften dem Ausschuss dazu Bericht erstattet.

3 Sichere Fahrradwege in Dresden durch Beschlüsse zum Radwegkonzept **P0136/19**
beschließend

Der Tagesordnungspunkt ist auf die nächste Sitzung vertagt.

4 Überholter Stadtratsbeschluss: Straßenreinigung Grundstraße 4 bis 18 **P0140/19**
beschließend

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt fest, dass zu dieser Petition kein Bearbeiter festgelegt worden sei.

Frau Stadträtin Apel hält die Antwort der Verwaltung für überzeugend, auch wenn es wunderbar sei, dass ein engagierter Bürger das Schnittgerinne reinigt. Das sollte auch gewürdigt werden. Die Verwaltung habe mitgeteilt, dass einzelne Teile nicht herausgelöst werden könnten. Eine grundsätzliche Reinigung erfolge montags, und das Schnittgerinne werde zusätzlich bei Bedarf händisch gereinigt. Daher könne der Petition nicht abgeholfen werden.

Seitens des Ausschusses besteht kein Beratungsbedarf. **Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch** bringt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden, da ein Herauslösen von einzelnen Grundstücksbereichen aus der Straßenreinigungsgebührensatzung grundsätzlich nicht möglich ist. Daraus resultieren darf auch die Straßenreinigungsgebühr für ein einzelnes Grundstück nicht erlassen werden.

Dem Petenten ist der Inhalt der ausführlichen Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis zu geben, verbunden mit dem Dank für seine freiwillig erbrachte Reinigung der Straße.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

5 Initiative "Spezialhalle erhalten in Klotzsche"**P0142/19
beschließend**

Frau Stadträtin Wagner habe sich mit Frau Stadträtin Apel darauf verständigt, dass der Petition teilweise abgeholfen sei. Sie wisse aus dem Ausschuss für Sport (Eigenbetrieb Sportstätten), dass die Verwaltung mit Hochdruck an einer Lösung arbeite und bereits intensive Gespräche (auch unter Beteiligung der intensiv nutzenden Vereine) stattgefunden hätten und noch stattfinden werden. Zum Zweiten sei im Beschluss zur Sportstrategie diesem Thema ein einzelner Beschlusspunkt gewidmet, wonach nach Ersatzstandorten für die dort perspektivisch wegfallende Halle gesucht werden solle. Das Thema sei unter den Beteiligten und in der politischen Landschaft bekannt. Es sei nie gesagt worden, dass nicht nach Lösungen gesucht werde. Es gebe jedoch noch keine belastbare Lösung.

Im Rahmen des Beschlusses solle die Verwaltung gebeten werden, dem Ausschuss zu berichten, dass und in welcher Form mit den Nutzervereinen in Austausch getreten werde.

Mit dem Übergang des Objektes Alexander-Herzen-Straße vom Schulverwaltungsamt an den Eigenbetrieb Sportstätten werden teilweise in örtlicher Nähe Möglichkeiten für die Nutzerinnen und Nutzer der jetzigen Spezialhalle entstehen.

Frau Stadträtin Apel ergänzt, dass der Stadtbezirksbeirat Gelder für das Dach der Sporthalle Alexander-Herzen-Straße bereitgestellt habe. Die Frage stehe, ob dort eine Erweiterung möglich sei.

Herr Stadtrat Pinkert spricht sich dafür aus, dass die Spezialhalle solange erhalten bliebe, bis ein geeigneter Ersatzstandort zur Verfügung stehe.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, dass der Komplex „Zur Wetterwarte“ künftig als Gewerbestandort entwickelt werde. Insofern sei es fraglich, ob die Nutzung solange ausgedehnt werden könne.

Frau Stadträtin Apel berichtet aus dem Ausschuss für Sport (Eigenbetrieb Sportstätten). Dort sei zugesagt worden, dass die Schwimm- und Sporthalle in Klotzsche nicht geschlossen werde, solange kein Ersatz zur Verfügung stehe.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Petition ist teilweise abgeholfen, da der Stadtratsbeschluss V2699/18 „Sportstrategie der Landeshauptstadt Dresden bis 2030“ vom 11. April 2019 die Verwaltung im Punkt 11 beauftragt, eine Konzeption für den Ersatz der Sporthalle zu erarbeiten und mit den nutzenden Vereinen abzustimmen.

Dem Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung ist bezüglich des Ersatzes der Spezialsport-halle fortlaufend zum Sachstand zu berichten, dass und in welcher Form mit den Nutzern und Nutzerinnen in Austausch getreten wird.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

6 Verkehrssituation Nöthnitzer Straße verbessern - Radweg statt Parken P0143/19 beschließend

Herr Stadtrat Flemming schildert kurz das Anliegen der Petenten. Sie führen an, dass auf der Nöthnitzer Straße zwischen Rathaus Plauen und Münchner Straße einseitig das Parken erlaubt sei. Das sei für Radfahrer problematisch, wenn die PKWs die Radfahrer überholen wollen. Außerdem verkehren dort noch Busse. Die Petenten wünschen sich, die Verkehrssituation durch geeignete Maßnahmen zu verbessern. Beispielfhaft nennen sie das Verbot des Parkens und stattdessen einen durchgehenden Radweg anzulegen.

Die Verwaltungsstellungnahme stelle auf diesen Vorschlag ab. Sie sage, dass es keine rechtliche Grundlage gebe, das Parken auf der Nöthnitzer Straße zu verbieten. Die Straße sei unabhängig davon zu schmal, um einen durchgehenden Radweg anzulegen. Dafür sei eine Mindestbreite nötig, die diese Straße nicht habe, weder für einen Radweg, noch für einen abmarkierten Sperrstreifen.

Ihm sei die Prüfung der Vorschläge der Verwaltung zu wenig. Man sollte darüber nachdenken, ob vielleicht etwas getan werden könne. Ihn interessiere, ob es noch andere Möglichkeiten gebe, um die Situation auf der Nöthnitzer Straße zu verbessern. Deshalb schlägt er vor, eine Anhörung der Straßenverkehrsbehörde durchzuführen.

Weiterer Beratungsbedarf besteht nicht. **Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch** stellt den Antrag auf Durchführung einer Anhörung zur Abstimmung.

Ergebnis:

Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung vertagt die Entscheidung über die Petition und führt in der nächsten Sitzung eine Anhörung durch.

Dazu wird ein Vertreter der Straßenverkehrsbehörde eingeladen, der Auskunft zu möglichen Regelungsmöglichkeiten gibt, um die Verkehrssituation für den Radverkehr zu verbessern.

Wiedervorlage: Sitzung am 27. November 2019

Abstimmungsergebnis: Vertagung
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 1

7 Studententarif in den Dresdner Bädern**P0144/19
beschließend**

Herr Stadtrat Drews informiert, dass der Petent einen Studententarif in städtischen Bädern vorschläge. Die Stellungnahme der Verwaltung stellt die Situation gut dar. Es gebe durchaus Möglichkeiten, preisgünstig schwimmen zu gehen. Der Petition könne nicht abgeholfen werden. Vor allem die Aspekte der Stellungnahme mit der Möglichkeit des Vereinsschwimmens als auch mit den günstigen Angeboten der Schwimmhallen Klotzsche und Prohlis sollen an den Petenten weitergeben werden.

Es besteht kein Beratungsbedarf. **Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch** stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden, da der Betrieb der Frei- und Hallenbäder per se nicht kostendeckend ist und ein zusätzlicher ermäßigter Studententarif wirtschaftlich nicht darstellbar ist.

Über den Vereinssport und das breite Spektrum des Angebotes der Dresdner Bäder GmbH bestehen Möglichkeiten, günstig schwimmen zu gehen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

8 Erhalt der Kleingärten in Dresden Dobritz**P0145/19
beschließend**

Frau Stadträtin Apel berichtet stellvertretend für die Bearbeiterin, Frau Stadträtin Mühle, dass sich die Petenten für den Erhalt der Kleingärten in Dobritz aussprechen. Die Verwaltung teile in ihrer Stellungnahme mit, dass man noch nicht so weit sei. Zu den Betroffenheiten könne die Verwaltung erst Auskunft geben, wenn die Planung weiter vorangeschritten sei. Momentan werde die Planung EU-weit ausgeschrieben. Voraussichtlich Anfang 2020 könne damit begonnen werden. Die Verwaltung wolle die Eingriffe in die einzelnen Parzellen so gering wie möglich halten. Den Betroffenen würden Ausgleichsgärten zur Verfügung gestellt. Dabei werde sichergestellt, dass ein direkter Übergang auf die Ersatzfläche erfolgen könne. Nach der aktuellen Planung solle es frühestens 2025 so weit sein. In der Summe solle es keine Kleingartenparzelle weniger geben.

Die Stellungnahme sei sehr ausführlich. Auch werde deutlich, dass die Verwaltung am Erhalt der Kleingärten und an der Minimierung der Eingriffe arbeite. Die Petition sei insofern verfrüht. Frau Stadträtin Apel schlägt vor, dass die Verwaltung mit den Kleingärtnern das Gespräch suche, um die Bedenken auszuräumen.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch bezieht sich auf die Verwaltungsstellungnahme. Danach gebe es regelmäßige Informationen über die aktuellen Planungen im Kleingartenbeirat und im Stadtbezirksbeirat. Aber offenbar kämen diese bei den Kleingärtnervereinen nicht an. Sie regt an, im Rahmen der Bürgerbeteiligungssatzung: das zuständige Amt zu beauftragen, zu diesem Vorhaben im nächsten Jahr ein anderes Beteiligungsformat durchzuführen und zu berichten.

Frau Stadträtin Apel formuliert nachfolgenden Beschlussvorschlag, den **Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch** zur Abstimmung stellt.

Beschluss:

Der Petition ist teilweise abgeholfen, da die Verwaltung beabsichtigt, die Zahl der Kleingärten zu erhalten und die Anzahl der freigelenkten Kleingärten zu minimieren.

Die Verwaltung wird beauftragt, zu dem Vorhaben auf Grundlage der Bürgerbeteiligungssatzung im Jahr 2020 eine geeignete Information der betroffenen Vereine durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

9 Klimanotstand in Dresden ausrufen

**P0146/19
beschließend**

Herr Stadtrat Drews informiert, dass die Petition die Landeshauptstadt Dresden auffordere, den Klimanotstand auszurufen. Dies sei gerade ebenfalls Diskussionspunkt im Stadtrat. Er schläft vor, die Entscheidung in diesem Ausschuss zu vertagen, bis der Stadtrat über den Antrag entschieden habe.

Es besteht kein Beratungsbedarf. **Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch** stellt den Antrag auf Vertagung zur Abstimmung.

Ergebnis:

Die Petition wird vertagt, bis der Stadtrat über den Antrag A0636/19, Resolution zum Klimanotstand, entschieden hat.

Abstimmungsergebnis: Vertagung
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

10 Zweizügigkeit für die 74. Grundschule Dresden-Gompitz

**P0147/19
beschließend**

Frau Stadträtin Apel informiert, dass die Grundschule zweizügig werden solle. Momentan würden Schüler aus Gompitz mit dem Bus in die Grundschule Naußlitz befördert, weil die Elternschaft ihre Kinder ungern an eine Grundschule in Gorbitz geben wollen.

Eine Erweiterung der 74. Grundschule am jetzigen Standort sei nicht möglich. Deswegen suche die Verwaltung nach einem geeigneten Grundstück und führe bereits Verhandlungen. Damit wäre der Neubau einer zweizügigen Grundschule möglich.

Selbst wenn der Erwerb gelinge, benötige der Schulbau längere Zeit. Es sei zu vermuten, dass dieser Zeitumfang den Petenten nicht klar sei.

Frau Stadträtin Apel stellt folgenden Antrag, den **Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch** zur Abstimmung stellt:

Ergebnis:

Die Petition wird vertagt.

Das Schulverwaltungsamt wird gebeten, den Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung nach Abschluss der Verhandlungen über den Erwerb des Grundstücks für den Schulhausneubau zum Ergebnis zu informieren. Im Anschluss wird die Petition erneut aufgerufen.

Abstimmungsergebnis:

Vertagung
Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

11 Petition für eine grüne Innenstadt - Umsetzung des Promenadenringes Süd und Ost ohne Abstriche

**P0148/19
beschließend**

Herr Stadtrat Fischer trägt stellvertretend die Zuarbeit von Herrn Stadtrat Malorny vor. Es werde die Vertagung der Petition empfohlen, weil sich das gewünschte Ziel schon in der Klärung befinde. Ein weiterer Auftrag an die Verwaltung sei nicht notwendig. Die überarbeiteten Varianten für die Teilbereiche des Promenadenrings Ost – Kreuzstraße/Pirnaischer Platz seien bereits im Stadtbezirksbeirat Altstadt beraten worden und kommen nun in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften. Die neue Vorlage enthalte vier Varianten, in denen sich die gewünschten Punkte der Petenten wiederfinden.

Frau Stadträtin Bischoffberger erklärt, der Petition könne noch nicht abgeholfen werden, weil der Beschluss noch ausstehe und somit noch nicht über die Variante entschieden sei.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch schlussfolgert daraus den Antrag auf Vertagung der Petition, bis über die Vorlage V3060/19 entschieden sei.

Frau Stadträtin Apel bittet darum, dass die Petition dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften zur Kenntnis gegeben werde.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Ergebnis:

Die Petition wird vertagt, bis der Stadtrat über die Vorlage V3060/19, Vorplanung Promenadenring Ost – Abschnitt 2 zwischen Kreuzstraße und Wilsdruffer Straße entschieden hat.

Die Petition P0148/19 ist dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften unter der Vorlage V3060/19 zur Kenntnis zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Vertagung
Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

12 Straßenmusik auf der Prager Straße

**P0149/19
beschließend**

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch ruft die Tagesordnungspunkte 12 und 16 entsprechend der zu Beginn abgestimmten Tagesordnung gemeinsam auf.

Herr Stadtrat Kaden berichtet, dass im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit (Eigenbetrieb IT-Dienstleistungen) zur Thematik Straßenmusik immer wieder Beschwerden angesprochen seien.

Die Petition der Anwohnerin der St. Petersburger Straße richte sich im Wesentlichen gegen die Lautstärke sowie die Qualität der Musik. Sie regt an darüber nachzudenken, die Lautstärke der Musik zu reduzieren und sich zur Qualität auszutauschen.

Die zweite Petition Straßenmusik beziehe sich auf die Verstärkernutzung, wobei die Lautstärke bemängelt werde. Daher werde vorgeschlagen, die Verstärkernutzung ab 20 Uhr zu verbieten. Dem Anliegen könne nur abgeholfen werden, wenn man die Satzung Straßenkunst ändere.

Herr Stadtrat Kaden schlägt zur P0153/19 (TOP 16) folgenden Beschlussvorschlag vor:

„Der Petition wird abgeholfen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Änderungssatzung der Satzung Straßenkunst vorzulegen, welche die Nutzung von Verstärkern eingeschränkt und nach 20 Uhr ausschließt.“

Herr Stadtrat Colditz erinnert, dass Oberbürgermeister bereits beauftragt worden sei, eine Satzungsänderung vorzulegen. Das sei erfolgt. Die Satzungsänderung habe der Stadtrat in seiner Sitzung am 6. Juni 2019 abgelehnt. Laut Paragraph 36 der Sächsischen Gemeindeordnung bestehe nun eine sechsmonatige Behandlungssperre der Thematik. Außerdem habe der Stadtbezirksbeirat Altstadt in dem Zusammenhang ein generelles Verstärkerverbot abgelehnt.

Gleichwohl interessiere ihn die Lautstärkemessung der Straßenmusik. Er beantragt deswegen zur Petition P0149/19 die Durchführung einer Anhörung mit dem Ordnungsamt wegen der Kontrolle der Straßenmusiker und der Lautstärkemessung.

Der Petition P0153/19 könne nicht abgeholfen werden, weil der Stadtrat das Thema innerhalb der letzten sechs Monate behandelt habe.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch bemerkt, dass der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung unabhängig davon Aufträge an die Verwaltung erteilen könnte.

Herr Stadtrat Drews konstatiert, dass die Fragen der Lautstärkeregelung, der Qualitätsprüfung sowie des Verstärkerverbots in der letzten Legislatur bereits mehrfach im Stadtrat behandelt und in Beschlüsse gemündet seien. Die Verwaltung habe bisher zu den Fragen der Qualitätsprüfung, der Lautstärkebeschränkung sowie deren Kontrolle und Durchsetzung Ausführungen gemacht, dass das nicht möglich sei. Für ihn sei die Beauftragung einer neuen Vorlage nicht zielführend. Er präferiert ebenfalls eine Anhörung der Verwaltung. Er ist der Auffassung, dass die Messung der Lautstärkemessung umsetzbar sein müsste.

Zum Thema Verstärkerverbot habe der Stadtrat entschieden, weshalb der Petition nicht abgeholfen werden könne.

Frau Stadträtin Schewe weiß, wenn die Standorte 4 und 6 von der Verwaltung nur für zweimal täglich eine halbe Stunde vergeben werden. Wenn die Petentin die Musiker mehrfach höre, funktioniere die Kontrolle anscheinend nicht richtig.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt den Beschlussvorschlag für die Petition P0149/19 zur Abstimmung.

Ergebnis:

Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung vertagt die Entscheidung über die Petition und führt in der nächsten Sitzung eine Anhörung durch.

Dazu werden Vertreter des Ordnungsamtes und Straßen- und Tiefbauamtes eingeladen, um Auskunft zum Thema Straßenmusik, insbesondere zur Genehmigungspraxis sowie zur Kontrolle und Messung der Lautstärke der Straßenmusik vor Ort zu geben.

Des Weiteren wird die Petentin zur Anhörung geladen.

Wiedervorlage: **Sitzung am 27. November 2019**

Abstimmungsergebnis: Vertagung
Ja 11 Nein 3 Enthaltung 0

13 Anregungen zum Bäderkonzept - Unterversorgung der Stadtteile P0150/19
Blasewitz, Striesen, Gruna, Tolkewitz und Seidnitz beschließend

Herr Stadtrat Kaden stellt fest, dass das Anliegen der Petenten bereits berücksichtigt worden sei. Dies werde durch die Stellungnahme der Verwaltung bestätigt, wonach der Beschluss zur Sportstrategie explizit Beschlusspunkte dazu enthalte. Einzig der zeitliche Umsetzungsrahmen

sei noch nicht näher definiert. Auch die Sicherung von Grundstücken werde im Beschlusspunkt 6 aufgegriffen.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Petition ist abgeholfen.

Das Anliegen der Petenten ist mit Beschluss V2699/18 „Sportstrategie der Landeshauptstadt Dresden bis 2030“ berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

**14 Kostenfreier ÖPNV für alle Kinder und Jugendliche in Ausbildung P0151/19
beschließend**

Frau Stadträtin Apel stellt fest, dass die Petition politisch unterstützt werden könne.

Des Weiteren zitiert sie aus der Verwaltungsstellungnahme, wonach das Schulverwaltungsamt die Schülerbeförderungskosten bereits zur 50 Prozent übernehme, wenn die Mindestentfernung überschritten werde. Die Erstattung erfolge nach Ende des Schuljahres.

Außerdem gebe es seit dem 1. August 2019 ein Azubi-Ticket sowie ein Schülerfreizeiticket ab 14 Uhr.

Bei einer generellen Kostenübernahme blieben die verschiedenen Einkommensverhältnisse unberücksichtigt. Würde der Petition entsprochen, werde mit einer Verdopplung des Verlustausgleichs an die DVB AG zu rechnen sein, der aktuell 40 Mio. Euro betrage.

Zu dem Thema der Fahrtkosten befinde sich ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Geschäftsgang, der aber keine gänzliche Kostenfreiheit vorsehe.

Problematisch sei, wenn Schüler keine Zeitkarte nutzen. Ab dem Alter von 15 Jahren müssten sie die Tarife wie ein Erwachsener zahlen.

Außerdem müssten Familien mit mehreren Kindern, die für den Schulweg den ÖPNV nutzen, enorm in Vorkasse gehen. In Bautzen werde von vornherein nur der Elternanteil verlangt, so dass sich eine spätere Kostenerstattung erübrige.

Sie beantragt,

- „1. die Petition wegen des laufenden Antrages zurückzustellen. Dieser sehe geringere Kosten für die Eltern vor.
2. das Schulverwaltungsamt sowie die DVB anzuhören, ob eine Entlastung geschaffen werden könne, indem die Eltern nicht in Gänze in Vorkasse treten müssen, sondern nur ihren Anteil an den Schülerbeförderungskosten tragen.“

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt fest, dass Herr Bürgermeister Vorjohann mitgeteilt habe, dass der Verlustausgleich an die DVB AG jährlich 40 Mio. Euro betrage. Es sei keine Prognose darüber getroffen worden, wie hoch der Verlust für eine kostenfreie Beförderung der Kinder und Jugendlichen wäre.

Herr Stadtrat Drews nimmt auf die Stellungnahme Bezug. Dort sei zu lesen, dass sich der Verlustausgleich bei Umsetzung des Vorschlages mindestens verdoppeln würde.

Herr Stadtrat Pinkert vertritt die Meinung, dass der Petition momentan nicht abgeholfen werden könne. Auch im Wahlprogramm seiner Partei stehe die kostenlose Beförderung für alle Schüler in der Regelausbildung. Jugendliche in der Ausbildung betreffe das nicht, weil sie ein eigenes Einkommen haben. Momentan stehen dafür jedoch keine Haushaltsmittel zur Verfügung.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ziele auch nicht auf die kostenlose Nutzung ab. Er stellt fest, dass sich alle Parteien mit dem Thema beschäftigen. Man sollte der Petentin antworten, dass man im Zuge der nächsten Haushaltberatungen versuchen werde, der Petition abzuhelpfen.

Weiterer Beratungsbedarf besteht nicht. **Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch** bringt zunächst den weitergehenden Antrag von Herrn Stadtrat Pinkert zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden. Der Stadtrat soll sich in der nächsten Haushaltsdebatte mit der Thematik befassen.

Abstimmungsergebnis: Ablehnung
Ja 6 / Nein 8 / Enthaltung 0

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt den Antrag von Frau Stadträtin Apel zur Abstimmung.

Ergebnis:

Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung vertagt die Entscheidung über die Petition.

In der Sitzung am 15. Januar 2020 führt der Ausschuss eine Anhörung des Schulverwaltungsamtes, der DVB AG sowie der Stadtkämmerei, Fachbereich Beteiligungsmanagement, durch.

Inhalt der Anhörung soll insbesondere die Frage sein, ob es möglich ist, dass Eltern von vornherein nur ihren Anteil an den Fahrtkosten ihrer Kinder tragen, sodass sie nicht in Vorkasse gehen müssen, wie es in Bautzen Praxis wäre.

Die Anwesenheit der Beteiligungsverwaltung wird zur Thematik des Verlustausgleichs der DVB AG gewünscht.

Abstimmungsergebnis: Vertagung
Ja 8 Nein 5 Enthaltung 1

15 Erhalt der Kiesgruben in Zschieren

**P0152/19
beschließend**

Frau Stadträtin Marschner spricht für den Erhalt der Kiesgruben und verweist dabei auf die positive klimatische Wirkung, zumal das Zuschütten und Aufforsten mit Bäumen sehr viel aufwendiger wäre. In dem Zusammenhang verweist sie auf den Artenschutz der Flora und Fauna, die sich im Laufe der Jahre dort angesiedelt haben.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch macht auf die Stellungnahme der Verwaltung aufmerksam. Danach stehe das Gebiet noch unter Bergbaurecht, sodass das Anliegen nicht in die Zuständigkeit der Landeshauptstadt Dresden falle.

Frau Stadträtin Bischoffberger beantragt, dass der Petition nicht abgeholfen werden könne, weil die Stadt nicht zuständig sei. Sie schlägt vor, die Petition an den Petitionsausschuss des Landtages zu verweisen. Die Stellungnahme der Verwaltung solle der Petition beigelegt werden.

Herr Stadtrat Kaden sortiert den Sachverhalt aufgrund der Verwaltungsstellungnahme. Der Petent wende sich gegen das Zuschütten der Kiesgruben.

Vor Ort gebe es drei Kiesgruben, eine an der Tronitzer Straße und zwei an der Zschierener Elbstraße. Aktuell werde die Kiesgrube an der Tronitzer Straße verfüllt, was genehmigt sei. Zu den beiden Seen an der Zschierener Elbstraße gebe es noch keine Entscheidung. „In den bergrechtlichen Zulassungsverfahren hat sich die Stadt immer für die weltgehende Offenhaltung der entstandenen Restseen in Zschieren eingesetzt. Es ist das grundsätzliche Ziel der Stadt, die beiden großen Kieselseen in Zschieren dauerhaft als Wasserfläche mit naturnaher Ufer- und Umfeldgestaltung zu erhalten.“

Er spricht dafür, dem Petenten den Sachstand zu erklären, der offenbar nicht bekannt sei. Mit dem Bekenntnis zum dauerhaften Erhalt werde der Petition entsprochen, sodass der Petition teilweise abgeholfen sei. Inwieweit die Stadt mit ihrem Ansinnen Erfolg habe, werde man sehen.

Frau Stadträtin Bischoffberger folgt dem Vorschlag und hält gleichzeitig ihren Antrag aufrecht, den **Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch** zur Abstimmung stellt:

Beschluss:

Der Petition ist mit dem Bekenntnis der Landeshauptstadt Dresden zum dauerhaften Erhalt des Nord- und Südsees an der Zschierener Elbstraße teilweise abgeholfen.

Aufgrund zur Zuständigkeit des Sächsischen Oberbergamtes wird die Petition an den Petitionsausschuss des Sächsischen Landtages abgegeben.

Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung bittet die Verwaltung um eine Berichterstattung zum weiteren Vorgehen hinsichtlich der beiden Seen in städtischem Eigentum.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

16 Regeln für Verstärkernutzung - bei Straßenmusik - überarbeiten im Sinne der Anwohner in der Innenstadt! **P0153/19**
beschließend

Diskussion – siehe Tagesordnungspunkt 12

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch fasst zusammen, Herr Stadtrat Kaden habe vorgeschlagen, eine Novellierung der Satzung Straßenmusik zu erarbeiten.

Frau Stadträtin Bischoffberger spricht dafür, die Novellierung auch den Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung vorzulegen.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

„Der Petition wird abgeholfen.“

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Änderungssatzung der Satzung Straßenkunst vorzulegen, welche die Nutzung von Verstärkern eingeschränkt und nach 20 Uhr ausschließt.

Dem Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung ist die Vorlage der Änderungssatzung vorzulegen.“

Abstimmungsergebnis: Ablehnung
Ja 3 Nein 11 Enthaltung 0

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt folgenden **Beschluss** fest:

Der Petition wird nicht abgeholfen, weil der Ausschuss abgelehnt hat, ein Verbot von Verstärkern ab 20 Uhr in die bestehende Satzung Straßenkunst aufzunehmen. Dafür wäre eine Satzungsänderung notwendig.

17 Stadttauben - Aufhebung des Fütterungsverbotes

**P0154/19
beschließend**

Frau Stadträtin Bischoffberger bemerkt, dass sie das Mitgefühl der Petentin mit den Tieren berühre. Sie übergibt das Wort an Frau Stadträtin Schewe, die Tierärztin ist.

Frau Stadträtin Schewe informiert, dass sie entgegen der Verwaltungsstellungnahme von drei Taubenhäusern in Dresden wisse – eins am Bahnhof Mitte, eins auf dem Hauptbahnhof (beide Stadttauben Initiative Dresden e. V.) und eins auf der Altmarktgalerie, welches von der Wildtiervogelauffangstation eingerichtet worden sei. Die Taubenhäuser auf den Bahnhöfen würden durch den Verein privat aus Spenden finanziert. Zweimal täglich würden die Taubeneier gegen Gipseier getauscht. Damit werde die Stadttaubenpopulation deutlich reduziert.

Jedes Jahr habe man ein sehr großes Problem mit zugereisten Brieftauben. Diese Tauben seien von ihrem Langstreckenflug (von teilweise 800 km) entkräftet, verletzt etc. und brauchen medizinische Versorgung, was ebenso in den Taubenhäusern geleistet werde.

Fakt sei, dass die Tauben dort brüten, wo sie gefüttert werden. Wenn die Fütterung überall erlaubt würde, habe man auch die Probleme mit Kotverunreinigungen überall. Außerdem könne man die Population nicht mehr kontrollieren. Der Austausch der Eier sei extrem wichtig. Aus ihrer Sicht sei schon jetzt der Erfolg dieser Maßnahme in der Stadt sichtbar. Sie spricht für die Beibehaltung des Fütterungsverbotes aus.

Frau Stadträtin Bischoffberger formuliert folgenden Beschlussvorschlag:

„Der Petition kann nicht abgeholfen werden, da das Fütterungsverbot ein Instrument ist, die Population der Stadttauben zu begrenzen. Der Petentin wird der Inhalt der ausführlichen Stellungnahme der Verwaltung übermittelt, verbunden mit dem Verweis auf die bestehenden Taubenhäuser in Dresden.“

Der Petentin soll in der Antwort folgende Information weitergereicht werden:

„Wir haben in Dresden derzeit drei Taubenhäuser, von denen zwei vom Stadttauben Initiative Dresden e.V. betreut werden. Dort werden zweimal am Tag die gelegten Eier der Tauben gegen Gipseier ausgetauscht und geschaut, ob verletzte oder kranke Tauben dort zu finden sind. Diese zwei Taubenhäuser befinden sich auf dem Hauptbahnhof und am Bahnhof Mitte über dem Möbelmarkt. Das dritte Taubenhaus befindet sich auf der Altmarktgalerie. Dieses wurde von der Wildvogelauffangstation eingerichtet.“

Dort, wo die Tauben fressen, hinterlassen sie auch den Kot. In den Taubenhäusern kann man das effektiver reinigen. Wenn man in der gesamten Stadt die Fütterung frei gibt, würden sich

dort nicht nur wieder Kotverunreinigungen sammeln, sondern die Tauben sich auch sicherlich in der Nähe mit einem Nest einrichten. Dementsprechend können die Eier nicht ausgetauscht werden und die Population nimmt wieder zu. Wenn die Verfasserin der Petition sich im Bereich Taubenfütterung betätigen möchte, kann sie gern mit dem Stadtauben Initiative Dresden e.V. Kontakt aufnehmen.“

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt den Beschlussvorschlag einschließlich den Hinweis an die Petentin auf die Taubenhäuser zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden, da das Fütterungsverbot ein Instrument ist, die Population der Stadtauben zu begrenzen.

Der Petentin ist der Inhalt der ausführlichen Stellungnahme der Verwaltung zu übermitteln, verbunden mit dem Verweis auf die bestehenden Taubenhäuser in Dresden, wo sie sich gern engagieren kann.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0

18 Gegen Sportveranstaltungen in der City

**P0155/19
beschließend**

Herr Stadtrat Fischer übermittelt in Vertretung von Herrn Stadtrat Malorny, der sich mit dem zweiten Bearbeiter, Herrn Stadtrat Schulze, abgesprochen habe, dass der Petition nicht abgeholfen werden könne.

Er verlässt wegen einer anderen terminlichen Verpflichtung die Sitzung.

Frau Stadträtin Apel stellt mit Verweis auf die Verwaltungsstellungnahme fest, dass der Petition nicht abgeholfen werden könne. Die Begründung sei der ausführlichen Verwaltungsstellungnahme zu entnehmen.

Frau Stadträtin Bischoffberger verweist in dem Kontext auf die geringe Zahl von 10 Unterstützern der Petition im Verhältnis zu den tausenden aktiven und passiven Teilnehmern dieser Veranstaltungen.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Die aktive und passive Teilnahme an Sportveranstaltungen stellt einen erheblichen Mehrwert für die Lebensqualität vieler Einwohnerinnen und Einwohner dar, was sich an den Teilnehmer- und Zuschauerzahlen von Großsportveranstaltungen widerspiegelt. Dabei unterliegen sie den Restriktionen und Auflagen der kommunalen und sächsischen Behörden, wodurch eine ausgewogene Bewertung der Folgen jeder einzelnen Veranstaltung sichergestellt ist.

Der „Große Garten“ ist ein bedeutendes Ensemble im Sinne des Denkmalschutzes und verbietet in seiner Besucherordnung den organisierten Sport.

Gerade innerstädtisch stattfindende Sportveranstaltungen tragen den Charakter der zentralen Erreichbarkeit, verbunden mit der Chance, sich die Stadt sportlich zu erschließen. Allein die Kulisse der Landeshauptstadt Dresden ist ein erheblicher Vorteil bei der Gewinnung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie Sponsoren, was ein wichtiger Baustein bei der Finanzierung solcher Veranstaltungen sei, als auch von Besuchern. Die Landeshauptstadt Dresden tritt dabei als Sponsor auf, um Dresden in seiner Vielfalt und Toleranz darzustellen.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0

19 Aufhebung des Beschlusses zum "Verzicht auf Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung in Dresden" P0156/19 beschließend

Die Petition wurde am Sitzungsbeginn vertagt und wird in der nächsten Sitzung am 27. November 2019 erneut aufgerufen.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch schließt den öffentlichen Sitzungsteil.

Annekatriin Klepsch
Vorsitzende

Robert Schlick
Stadtrat

Christopher Colditz
Stadtrat

Manuela Richter
Schriftführerin